

09.09.2003 - 11:32 Uhr

Fraport AG reicht Antragsunterlagen für Planfeststellungsverfahren ein

Frankfurt (ots) -

3,3 Milliarden Euro Investitionen - Ausbau bringt 100'000 neue Arbeitsplätze - Nachtflugverbot beantragt - Bender: "Fraport hält Wort"

Die Fraport AG hat heute die Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren zur geplanten Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens (FRA) beim Regierungspräsidium Darmstadt eingereicht. Damit soll der Weg geebnet werden für den Bau einer weiteren Landebahn nordwestlich des Flughafen-Geländes und für ein drittes Passagierterminal auf dem bisherigen Air Base-Gelände im Süden. Dr. Wilhelm Bender, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG, sprach von einem "Meilenstein für den Airport, der jetzt die Weichen für seine Zukunft" stelle. Nicht nur der Flughafen werde vom Ausbau profitieren, sondern Deutschland insgesamt: Dieses 3,3 Milliarden- Euro-Projekt sei das derzeit bedeutendste privat finanzierte Investitionsvorhaben in Deutschland mit positiven Effekten für die Baubranche und mittelständische Unternehmen insbesondere im Rhein- Main-Gebiet. Der Flughafen werde durch den Ausbau seine Rolle als "Wirtschaftsmotor und Job-Maschine" weiter stärken.

Die neue Landebahn soll bis Ende 2006 fertiggestellt werden und 2007 in Betrieb gehen, die Fertigstellung der neuen Terminalanlagen soll bis 2015 erfolgen. Durch die neue Landebahn wird die Kapazität des Frankfurter Flughafens von heute rund 500'000 Flugbewegungen auf etwa 660'000 Flugbewegungen steigen.

Die Zahl der Arbeitsplätze in FRA hat sich seit 1980 auf über 62'500 verdoppelt. Die Kapazitätserweiterung verspricht gegenüber einer Entwicklung ohne Ausbau etwa 100'000 neue Arbeitsplätze, davon allein knapp 80'000 in der Region. "Die aktuellen Arbeitsplatzgutachten in den Planfeststellungsunterlagen ermitteln in einer gegenüber dem Raumordnungsverfahren vertieften Analyse nun auch die so genannten katalytischen Effekte", erklärte Dr. Bender.

Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens hatte man sich noch auf die Analyse der Beschäftigungswirkungen durch die Produktionsstätte Flughafen beschränkt. Die aktuellen Beschäftigungsgutachten in den Planfeststellungsunterlagen ermitteln nun in einer vertieften Analyse für die Region Rhein-Main auch die sogenannten "katalytischen" Effekte. Diese zeigen die Bedeutung der internationalen Luftverkehrsanknüpfung durch FRA zugunsten von Standort- und Investitionsentscheidungen im Rhein-Main-Gebiet und die daraus resultierenden Beschäftigungswirkungen in der Region. Vergleicht man die Perspektiven für Ausbau und Nicht-Ausbau, so kommen zu den bislang vorhergesagten zusätzlichen 43'000 Beschäftigten weitere etwa 54'000 "katalytische" Arbeitsplätze. Daraus ergibt sich nach dem Flughafen-Ausbau gegenüber einer Entwicklung ohne Ausbau insgesamt eine Mehrbeschäftigung für die Region Rhein-Main und die Bundesrepublik in einer Größenordnung von rund 100'000 Arbeitsplätzen.

Auch die Beantragung des Nachtflugverbots am Frankfurter Flughafen mit Inbetriebnahme der neuen Landebahn ist "integraler Bestandteil der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren", so Dr. Bender. Er betonte, dass Fraport damit "zu allen eingegangenen Verpflichtungen steht. Wir haben Wort gehalten."

Das Regierungspräsidium Darmstadt wird nun die Antragsunterlagen der Fraport AG auf Vollständigkeit prüfen. "Wir hoffen, dass diese Prüfung noch in diesem Jahr abgeschlossen sein wird", sagte Prof. Manfred Schölch, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Fraport AG und verantwortlich für den Flughafen-Ausbau. Die Antragsunterlagen beinhalten mit rund 10'000 Textseiten, 750 Plänen und Karten sowie 34 Gutachten und Untergutachten die vollständige technische Planung der für die Kapazitätserweiterung erforderlichen Anlagen. Die Ausbaunotwendigkeit wird detailliert dargelegt und alle Einzelanträge werden eingehend begründet. Weitere Kernbereiche der nun eingereichten Unterlagen sind die Themen Umweltverträglichkeit, Fluglärm und Nachtflugverbot sowie Sicherheit mit besonderem Blick auf das Chemiewerk Ticona.

Zum Thema Ticona sagte Prof. Schölch, dass die Risikogutachten zum externen Risiko "eindeutig nachweisen, dass mit dem Ausbau weder der Bestand noch eine zukünftige Erweiterung dieses Chemiewerks gefährdet sind." Die Erörterung im Detail werde im Rahmen des Verfahrens in aller Öffentlichkeit erfolgen. Damit rechnet Fraport ab dem Frühjahr 2004.

Kontakt:

Fraport AG
60547 Frankfurt am Main
Presse und Publikationen (VSP)
Telefon: +49/69/69'07'05'55
Telefax: +49/69/69'05'50'71

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001508/100466564> abgerufen werden.